

Peter Nowak
Überlegungen für eine linke Parlamentskritik

Aus: Spezial Nr. 98 (Oktober 1994)

Spätestens seit ihren jüngsten Wahlerfolgen in Sachsen-Anhalt scheint sich in Bezug auf die PDS eine Debatte zu wiederholen, die vor über 10 Jahren um die GRÜNEN geführt wurde. Galt diese Partei zunächst weithin als ein Sammelbecken von linksradikalen Staatsfeinden, die möglichst schnell wieder unter die 5%-Hürde zu drücken seien, waren schon nach wenigen Jahren Differenzierungen gefragt. Der 'ökologisch engagierte wertkonservative GRÜNE' wurde umworben, „der staatsfeindliche Chaot“ oder „linke Spinner“ wurde ausgegrenzt. Diese Frontstellung bestimmte bis Ende der 80er Jahre unter den Etiketten Fundamentalisten versus Realos die innerparteiliche Diskussion, deren Ergebnis wir kennen. Während diese Debatte mit wechselseitigen Verrats- bzw. Sektierervorwürfen geführt wurde, ist ihr Mechanismus in einem Standardwerk der linken Parlamentarismuskritik schon vor Beginn der Studentinnenbewegung exakt beschrieben worden, im 1967/1968 erschienenen Buch „Die Transformation der Demokratie“ des mittlerweile emeritierten Politikologieprofessors Johannes Agnoli.

Agnoli sieht in der Gewährleistung und Aufrechterhaltung des sozialen Friedens die Hauptfunktion der parlamentarischen Demokratie. Zu diesem Zwecke wird jeder gesellschaftliche Antagonismus auf den parlamentarischen Pluralismus reduziert. Der Verteilungsmodus der Macht, die sogenannten freien und geheimen Wahlen mit ihren Wahlkämpfen zwingt die Partei, nationale statt Klasseninteressen zu vertreten.

Im Sinne des staatlichen Ziels, den sozialen Frieden unter allen Umständen zu erhalten, erscheint die Etablierung von systemantagonistischen Kräften besonders bedrohlich, die auch aus den parlamentarischen Einrichtungen Werkzeuge des Kampfes gegen die Konservierung der Herrschaft machen. Daher ist der Einbau der jeweils fortschrittlichen Opposition in das offen gehaltene Herrschaftssystem ein Hauptziel der Systemstabilisierung. Agnoli zufolge bewirkt dieser Einbau, die Verpflichtung der jeweiligen Parteien auf die Einhaltung der parlamentarischen Spielregeln und auf die Verkürzung der gesellschaftlichen Opposition zu einem nur staatlich, nämlich parlamentarisch wirkenden Aktionszentrum. Bezogen auf die damals starken kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs schrieb er: „Sowohl in Frankreich bei der Allianz mit den bürgerlichen antigauillistischen Kräften wie auch in Italien bei dem Versuch, sich in die Koalition der linken Mitte und in die Zusammenarbeit der Sozialreformer mit den Katholiken einzuschalten: Stimmen kommunistische und sozialistische Parteien einer solchen Allianz und Koalition mit nur formalen oder verbalen Vorbehalten zu, geraten sie in den Sog des Ausgleichs und können die eigene Sozialdemokratisierung nicht mehr aufhalten.“ Diese Analyse, geschrieben 10 Jahre bevor das Schlagwort des Eurokommunismus die Runde machte, fand nach fast 25 Jahren mit der offiziellen Umwandlung der KPI in eine sozialdemokratische Partei ihre Bestätigung.

Auch die PDS soll, wenn sie schon nicht durch die bekannten Hürden der 5% -Klausel, durch Propagandakampagnen etc. in die politische Bedeutungslosigkeit katapultiert wird, zumindest zu einer im Sinne des parlamentarischen Pluralismus berechenbaren Partei werden. Im Falle der GRÜNEN ist dieses Kalkül so erfolgreich aufgegangen, daß deren Politikerinnen die SPD noch übertreffen, mit ihren Forderungen, die PDS müsse entzaubert werden, indem sie in die Verantwortung genommen wird. Mehr noch als die Mitverantwortung der PDS für unpopuläre Maßnahmen vertrauen sie auf den Mechanismus der bei den GRÜNEN im Prozeß ihrer politischen Einbindung dafür gesorgt hat, daß ökosozialistische, fundamentalökologische, feministische Positionen marginalisiert und später ausgegrenzt wurden. In der PDS ist es neben der Kommunistischen Plattform vor allem die AG Junge Genossinnen, auf die sich nicht nur die Verfassungsschutzbehörden eingeschossen haben. Auch im PDS-Vorstand mehren sich die Stimmen, die einer schnellen Trennung der Partei von diesen Gruppierungen das Wort reden. Dieser Prozeß wird natürlich in einer Phase beschleunigt, in der die Partei das Regieren lernen müsse, wie Brie, Gysi und andere PDS-Bundes- und Landespolitikerinnen zu betonen nicht müde werden.

Agnoli spricht von kurzfristig vielleicht richtigen, im Endergebnis vermutlich kurz-sichtigen Taktiken, die nicht mit der Klebrigkeit des parlamentarischen Regierungssystems rechnen und die dessen ungeheurer Fähigkeit zur sozialen Umfunktionalisierung zum Opfer fallen, wenn sich eine linke Oppositionspartei in die Verantwortung nehmen läßt. Umgekehrt ist eine linke Partei, die sich gerade nicht in die Macht einbauen läßt, für die reibungslose Herrschaft gefährlicher und langfristig auch erfolgreicher. Denn, so Agnoli: „Sie klärt über die Unvernünftigkeit von Herrschaft und Ausbeutung auf und darüber, daß das Volk sich doch selbst regieren kann.“ Agnolis ungebrochenes Vertrauen in die Vernunft des Volkes steht in einer linken Tradition, die trotz der Erfahrungen mit dem Faschismus am „wir da unten gegen die da oben“ Schema festhielt. In einer Zeit, in der gerade in der BRD den Linken vor der Macht des Volkes in seiner aktuellen Beschaffenheit grausen muß, wirkt Agnolis Volksvertrauen befremdlich. Auch in der überarbeiteten Neuauflage setzt er sich nicht kritisch damit auseinander. Dort antwortet Agnoli in einem

„Zwanzig Jahre danach“ betitelten Anhang Kritikerinnen, für die seine Thesen während ihrer Entstehung in Ehrhards formierter Gesellschaft und der nachfolgenden Großen Koalition ihre Berechtigung hatten, aber durch die Rolle der GRÜNEN überholt seien, daß die Entwicklung der GRÜNEN die beste Bestätigung seiner Kernthesen sei, daß die Herrschaft sich stabilisiert, wenn die Opposition ihren fundamentalen Charakter ablegt. Vielleicht kann er in 5 Jahren einen weiteren Anhang anfügen, wo er an der Entwicklung der PDS die weitere Aktualität seiner Kernthesen demonstriert und den alten und neuen Parlamentsbefürwortern abermals in Erinnerung ruft, daß die Marxsche Utopie der Gesellschaft der Freien und Gleichen nicht als Gesetzesvorlage weder von oppositionellen noch von regierenden Fraktionen in den Bundestag eingebracht werden kann. Nur wenige Kritikerinnen von einst folgen dem Beispiel von Thomas Ebermann, der im Rückblick feststellt: „Ich habe saalmäßig drei- bis fünfmal den Genossen Agnoli einfach abgeduscht. Alle haben bei mir geklatscht und zehn bei ihm. Und er hat vorher gesagt, wie das endet. Ich hatte den Beifall und er hatte Recht“ (siehe ÖkoLinX 14, S.20). Allerdings verzichtete Ebermann in seinem Artikel in der 'konkret' 8/94, in dem er sich mit den Anpassungstendenzen großer Teile der PDS polemisch auseinandersetzt, darauf, sich auf Agnolis Analyse zu beziehen. So bleibt sein Beitrag trotz aller rhetorischer Schärfe beim Entlarven der ach so bösen Reformistinnen in der PDS stecken, wie er bis vor 5 Jahren die Realos/as bei den GRÜNEN attackierte. Das die Entwicklung beider Parteien aber in erster Linie aus der Funktionsweise der bürgerlichen Demokratie zu erklären ist und nicht aus dem Opportunismus einer Antje Vollmer oder eines André Brie, bleibt so unerwähnt. Die Relektüre von Agnolis Streitschrift wird nicht die Frage beantworten, wie Linke sich zu den aktuellen Wahlen verhalten sollen. Denn eine umstandslose Aufforderung zum Wahlboykott findet sich dort nicht. Ein kritischer Wahlauf Ruf zugunsten der PDS, der von der 'Kommunistischen Hilfe' (65195 Wiesbaden, Werderstr. 8) verfaßt wurde, hat, ohne expliziten Bezug zu Agnoli, inhaltliche Anleihen bei ihm genommen. Der Aufruf beginnt mit der Aufzählung all dessen, was die Präsenz im Bundestag nicht erreicht. Warum sie trotzdem die PDS unterstützen, begründen sie folgendermaßen: „In der PDS wird noch um die politische Ausrichtung gerungen. Neben sozialdemokratisch ausgerichteten und national anfälligen Kräften gibt es auch Strömungen, die ein sozialistisches Konzept und eine konkret antikapitalistische Politik verfolgen ... Solange die PDS noch nicht zur SPD oder zu den Realgrünen geworden ist, gilt es für die Linke, sie ... zu verteidigen und Solidarität zu üben.“

Johannes Agnoli, Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik
 ça ira-Verlag, Freiburg 1990, 223 Seiten, 25 DM